

Mit Erfolg stemmen sich arabische Staatsoberhäupter seit langem gegen eine Demokratisierung ihrer Region. Aber auch von außen wurden freie und faire Wahlen in der arabischen Welt nie wirklich gewünscht. Die USA und Europa argumentieren, dass bei einem Wahlsieg der Islamisten die Demokratie gleich wieder abgeschafft würde. Islamisten forderten Wahlen sowieso nur, um die autokratischen Regime des Nahen Ostens zu stürzen. „Ein Mann, eine Stimme, ein Mal“ lautet diese Argumentation in Kürze. Die Worte „ein Mal“ sollen eine Anspielung auf das Deutschland der dreißiger Jahre sein. Analog zur Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933, so die weit verbreitete Lesart, würden islamistische Parteien freie Wahlen nur nutzen, um an die Macht zu kommen. Anschließend würden sie das Parlament gleich wieder auflösen.

Allzu bereitwillig wird dieser Verweis auf 1933 von den arabischen Herrschern aufgegriffen. Indem sie den islamistischen Teufel an die Wand malen, können sie den Status quo beibehalten. Damit wurde beispielsweise der Abbruch der Parlamentswahlen in Algerien 1991 gerechtfertigt, als sich ein Sieg des Front islamique du salut (FIS) abzeichnete.

Es ist erstaunlich, wie häufig die deutschen Zäsuren von 1933 und 1945 in der internationalen Debatte um den Demokratieexport in den Vorderen Orient

Außenansicht

Orientalische Schein-Demokratie

Es wird keine wirklich freien Wahlen in Nahost geben, solange islamistische Parteien nicht teilnehmen dürfen

Von Sonja Hegasy

zitiert werden. Mit Blick auf 1933 zögert man, freie und faire Wahlen zu unterstützen – mit Blick auf 1945 indes werden derzeit Hoffnungen genährt, dass Völker zur Demokratie gezwungen werden könnten.

Vor diesem Hintergrund wurde nie Druck auf Hassan II. von Marokko oder den ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak ausgeübt, islamistische Parteien zu den Wahlen zuzulassen. In Ägypten galt und gilt dies insbesondere für die 1928 gegründete Muslimbruderschaft, die seit langem versucht an den Parlamentswahlen teilzunehmen. 1984 stellte sie ihre Kandidaten auf der Liste der liberalen Wafdpartei auf. Später kooperierte sie mit der Arbeitspartei und den Freien. Seit einer Änderung des Wahlgesetzes 1990 stellen die Muslimbrüder ihre Mit-

glieder als unabhängige Kandidaten auf. Mit 17 Abgeordneten wurden sie 2000 zur größten Oppositionskraft im Parlament. Eine direkte Zulassung der Muslimbrüder zu den Wahlen wird bis heute zurückgewiesen. Die Begründung lautet, die ägyptische Verfassung erlaube keine Parteigründungen auf Basis einer religiösen Zugehörigkeit.

Zu den ägyptischen Parlamentswahlen im November/Dezember 2005 traten die Muslimbrüder nun mit 150 unabhängigen Kandidaten für 444 Sitze an. Ihr selbst gestecktes Ziel von 75 Sitzen übertrafen sie ohne Probleme, trotz der Wahlfälschungen durch die Regierung. Zukünftig stellen sie 88 Abgeordnete. In der Provinz Damanhur wurde der Kandidat der Muslimbrüder, der Mediziner Gamal Heschmat, vom Vorsitzenden der Wahl-

kommission als Sieger ausgerufen. Sieben Stunden später hieß der Sieger dann aber doch Mustafa al-Fiqi von der regierenden NDP. Aufgrund der Proteste vor Ort konnte al-Fiqi seinen Wahlkreis jedoch nicht mehr betreten, um mit seinen Anhängern zu feiern.

Der ägyptische Vizepräsident, Youssef Wali, verlor sein Mandat gegen einen Kandidaten der Muslimbruderschaft. Die einzige weibliche Kandidatin trat in dem Bezirk an, in dem auch Hosni Mubarak zur Wahl geht. Man kann sich das Blitzlichtgewitter vor der Wahlkabine gut vorstellen: Die Muslimbrüder fordern den Präsidenten heraus, aber mit einer kleinen Provokation – und nicht mit Gewalt.

Es gibt bislang kein Beispiel dafür, dass islamistische Parteien die Demokratie abschaffen würden. In der Türkei regiert heute mit der AKP eine Partei mit fundamentalistischem Hintergrund, die das Land zur Überraschung vieler Beobachter bei der Annäherung an die Europäische Union weit vorgebracht hat. In der islamischen Republik Iran gibt es regelmäßig freie Wahlen mit unvorhersehbaren Ergebnissen, wie kürzlich bei den Präsidentschaftswahlen zu erleben war. Derzeit betreiben die USA offensichtlich eine Annäherung an die marokkanische islamistische Bewegung von Abdessalam Yassine, Gerechtigkeit und Wohlfahrt. Im Sommer 2005 wurde seine

Tochter und inoffizielle Sprecherin der Bewegung, Nadia Yassine, wegen „Angriffen auf die Monarchie“ vor Gericht gestellt. Sie hatte öffentlich gefordert, Marokko solle eine Republik werden. Der Prozess wurde überraschenderweise auf unbestimmte Zeit verschoben. Marokkanische Medien berichteten, dass der amerikanische Botschafter in Rabat Justizminister Mohammed Bouzoubaâ deutlich gesagt habe, sein Land könne Marokko nicht als Modell für die Demokratie unterstützen, wenn es einen Prozess gegen die Redefreiheit von Frau Yassine gebe.

Nadia Yassine selbst sieht die Vereinigten Staaten als eine äußerst pragmatische Supermacht an, der es egal sei, welcher politischen Couleur ihre Verbündeten oder ihre Feinde anhängen. Was für die USA wichtig sei, seien ihre eigenen In-



Sonja Hegasy ist Islam- und Politikwissenschaftlerin. Seit 2004 ist sie Mitglied der Institutsleitung des Zentrums Moderner Orient in Berlin.
Foto: privat

teressen, so die Politikerin. Die Vereinigten Staaten würden jetzt aber erkennen, dass moderate Islamisten interessante Vermittler seien, insbesondere da die arabischen Staatsoberhäupter ihre Glaubwürdigkeit verspielt hätten. Die USA seien zwar kein Freund der Islamisten, aber sie hätten zunehmend gemeinsame Interessen, so Nadia Yassine.

Sollten moderate Islamisten, also Gruppen, die dezidiert zum Gewaltverzicht aufrufen und den Weg durch die Institutionen gehen wollen, wirklich eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben, so muss sich dies auch in den Wahlergebnissen widerspiegeln können. Islamistische Bewegungen, die ihre Popularität und Stärke in politische Macht umsetzen wollen, müssen die Möglichkeit bekommen, sich als Parteien zu konstituieren und am demokratischen Wettbewerb teilzunehmen. In Ägypten versucht eine Gruppe von ehemaligen Mitgliedern der Muslimbrüder zusammen mit koptischen Politikern im vierten Anlauf, eine „Partei der neuen Mitte“ zu gründen. In den palästinensischen Gebieten bereitet sich die Hamas jetzt auf die Parlamentswahlen im Januar 2006 vor. Dazu muss sie sich von einer geheimen Untergrundbewegung zu einer politischen Partei wandeln, die öffentlichen Wahlkampf für ihre Kandidaten macht. Und sie muss bei der Bevölkerung für ihre Ziele werben. Diesen Weg sollten Europa und die USA unterstützen.